

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/weltklimakonferenz-warum-ein-ende-der-fossilen-brennstoffe-so-schwer-faellt/23704344.html>



Warum ein Ende der fossilen Brennstoffe so schwer fällt

Die Welt ist weit entfernt vom Ausstieg aus der Kohleenergie. Werden alle geplanten Kraftwerke gebaut, sind die Ziele des Klimaabkommens unerreichbar.

Hinweis: Inhaltliche **Ergänzungen** oder **Betonungen** einzelner Textpassagen durch GWS sind farblich hervorgehoben.



Braunkohlekraftwerk Weltweit steigt die Anzahl der Kohlekraftwerke an.

(Foto: dpa)

03.12.2018 Update: 03.12.2018 - 04:01 Uhr

Berlin Dass es auch einem Industrieland wie Deutschland gelingt, aus der Kohleverstromung auszusteigen, diese Botschaft wollte Svenja Schulze pünktlich zur jetzt gestarteten Weltklimakonferenz im polnischen Kattowitz mitbringen. Gerne hätte die Bundesumweltministerin der Staatengemeinschaft ein überzeugendes Konzept für einen raschen Kohleausstieg präsentiert.

Daraus wird nun nichts. Das von vielen Umweltschützern und Wissenschaftlern ersehnte Signal aus Deutschland bleibt aus. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission wird nach einer Intervention der Kanzlerin nicht Anfang Dezember, sondern erst im Februar ihren Endbericht vorlegen.

Wie Deutschland tun sich auch andere Länder schwer, von der klimaschädlichen Kohle zu lassen. Doch während in Deutschland zu-



Silke Kersting



Klaus Stratmann

mindest über einen Kohleausstieg debattiert wird und keine neuen Kraftwerke gebaut werden, steigt weltweit die Zahl der Kraftwerke, in denen Kohle verfeuert wird, an. Neue Daten zeigten, dass im vergangenen Jahr die Kohlenutzung global wieder zugenommen hat, sagte Ottmar Edenhofer, Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), jetzt auf einer Veranstaltung der Berliner Denkfabrik.

„Da wäre es ein wichtiges Zeichen gewesen, dass Deutschland einen konkreten Fahrplan für den Kohleausstieg vorzeigen kann“, sagte der Ökonom, der auch designierter Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) ist: „Wir sollten nicht vergessen: Es geht nicht um den Schutz der Kohlekraftwerke, sondern um den Schutz und die Würde ??? der Menschen.“

Für das Weltklima besonders problematisch sind vor allem die schnell wachsenden Schwellenländer Türkei, Indonesien, Vietnam und Bangladesch, die in Kohlekraftwerken ihr Heil suchen, um den zunehmenden Energiehunger ihrer wachsenden Bevölkerungen zu decken.

So haben zum Beispiel die Türkei, Indonesien und Vietnam vor, zusammengenommen ihre Kapazität um rund 118 Gigawatt (GW) zu erhöhen. 118 Gigawatt stehen für 118 sehr große Kohlekraftwerksblöcke. Zur Einordnung: In Deutschland sind insgesamt Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer Leistung von rund 45 Gigawatt installiert.

China und Indien bauen eifrig

Sie erzeugen so viel wie knapp 40 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms. Auch Ägypten und Pakistan haben seit 2016 – also nach dem Abschluss des Pariser Klimaabkommens Ende 2015 – ihre Ausbaupläne massiv erhöht. China und Indien sind zwar den entgegengesetzten Schritt gegangen und haben ihre Ausbaupläne drastisch reduziert. Zwischen 2010 und Juli 2018 wurden die Pläne für 603 Kohlekraftwerke zurückgenommen.

Allein China hat zwar zwischen Januar 2017 und Juli 2018 Pläne in Höhe von 156 Gigawatt gestrichen, Indien in Höhe von 55 Gigawatt. Doch von einem Ausstieg aus der Kohleverstromung sind beide Länder weit entfernt. Denn der Absage von Kraftwerksprojekten stehen neue Vorhaben (z.B. [im Bereich der Kernkraft](#)) gegenüber.

Unterm Strich investieren beide Länder Milliardensummen nicht nur in erneuerbare Energien, sondern auch in die Verstromung von Kohle.

In all diesen Ländern gilt Kohle immer noch als eine zuverlässige und billige Energiequelle, zudem sind die Kraftwerke ein wichtiger Arbeitgeber. Kohle ist vielerorts verfügbar, der Abbau eine bewährte Technik. Das Problem dabei: Einmal gebaut, haben die Kraftwerke eine Lebensdauer von 40 Jahren oder mehr.

Die Emissionen sind damit für Jahrzehnte festgeschrieben, wenn die Kraftwerke nicht früher vom Netz genommen werden. Klimaforscher sprechen vom „Lock-in-Effekt“. Damit meinen sie die unflexible und dauerhafte Ausrichtung der Energieversorgung auf Kohlekraft, die aus den hohen Investitionskosten und den langen Laufzeiten von Kohlekraftwerken resultiert.

Würden alle in Bau befindlichen und geplanten Kohlekraftwerke gebaut und bis zum Ende ihrer Lebensdauer betrieben, würde sich der Handlungsspielraum im Klimaschutz stark verengen. Die Kohlekraftwerke würden einen ganz erheblichen Teil des CO₂-Budgets aufbrauchen, das die Menschheit noch emittieren darf¹, wenn sie die Erderwärmung unter zwei Grad halten will – das MCC hält das Ziel für „kaum erreichbar“.

¹ Wenn man an die Hypothese des menschengemachten Klimawandels glaubt.

Kohlekraftwerke

Asien setzt auf Kohle

Wo Kohlekraftwerke, die eine Kapazität von über 30 Megawatt Leistung haben, in Planung und im Bau sind

Asien

Geplant 590 /Im Bau 444



Europa*

Geplant 88 /Im Bau 18



Afrika

Geplant 98 /Im Bau 15



Nordamerika/Mittelamerika

Geplant 0 /Im Bau 4



Südamerika

Geplant 10 /Im Bau 4



Nahost

Geplant 4 /Im Bau 6



HANDELSBLATT-GRAFIK 03.12.2018

„Das Kohleproblem erledigt sich trotz aller Fortschritte bei den erneuerbaren Energien keinesfalls von selbst“, sagt MCC-Direktor Edenhofer. Die damit verbundene Entwicklung ist fatal: Weltweit sinken die klimaschädlichen Emissionen nicht, sondern sie nehmen zu – allen Bekenntnissen zu mehr Klimaschutz nach dem als historisch gefeierten Pariser Klimaabkommen zum Trotz.

Erneuerbare kosten mehr

„Zwar hat China jüngst weniger auf Kohle gesetzt und vielleicht sogar den Höhepunkt seiner CO₂-Emissionen überschritten“, meint Edenhofer. Das habe zu Recht starke Beachtung gefunden, „**doch der Untergang der Kohle wurde zu früh ausgerufen**“. Neueste Daten zeigten auch, **dass China zunehmend in Kohlekraftwerke im Ausland investiert**. Bislang sind erneuerbare Energien trotz der Kostensenkungen in den vergangenen Jahren kapitalintensiver als Kohle. Das macht den endgültigen Durchbruch für die Erneuerbaren so schwierig, obwohl klar ist, dass jedes Kraftwerk die Erfüllung der Pariser Klimaziele gefährdet.

Und außerdem haben zumindest Windräder und Photovoltaikanlagen noch einen eklatanten Nachteil: Die Stromerzeugung ist volatil und nicht sicher prognostizierbar.

Für eine verlässliche Stromerzeugung mittels Sonne und Wind sind Back-up-Lösungen (Speicher oder fossile Kraftwerke) unerlässlich. Das lässt die Systemkosten steigen. Aus Sicht vieler Entwicklungs- und Schwellenländer erscheint es daher immer noch sinnvoll, in Kohlekraftwerke zu investieren.

Hinzu kommt, dass Kohle weltweit verfügbar und vergleichsweise kostengünstig ist. Gerade Schwellenländer sind reichlich mit Kohlevorkommen gesegnet. China und Indien belegen nach den USA die Plätze zwei und drei der Länder mit den größten Steinkohlereserven.

Abschaffung von Subventionen für fossile Brennstoffe

Um Investitionen in die erneuerbaren Energien zu fördern, fordern Wissenschaftler und Ökonomen seit Monaten die Abschaffung von Subventionen für fossile Brennstoffe und einen ausreichend hohen CO₂-Preis auf internationaler Ebene.

Die Grundüberlegung dabei: Ein Preis für CO₂ über alle Sektoren soll dafür sorgen, den Einsatz fossiler Energien wirtschaftlich unattraktiv zu machen, um so den Einsatz erneuerbarer Energien zu begünstigen. (Das heißt: Neben der bisherigen Subventionierung und Einspeise-Bevorzugung von Windkraft und PV soll jetzt noch eine indirekte Subventionierung in Form zusätzlicher Belastungen für die konventionelle Energieerzeugung hinzukommen.)

Die Einnahmen aus einem CO₂-Preis könnten wiederum dazu verwendet werden, andere Steuern zu senken, sie für Investitionen in nachhaltige Infrastruktur aufzuwenden oder einkommensschwache Haushalte zu kompensieren. Erst vergangene Woche drängte auch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen auf eine Bepreisung von CO₂.

Leider hinkt die Realität vielen berechtigten Forderungen von Klimapolitikern hinterher. Das wird seit Jahren am Problem der verbreiteten Subventionen für fossile Energieträger deutlich. Das Standardwerk der Internationalen Energie-Agentur (IEA), der jährlich erscheinende „World Energy Outlook“, widmet dem Thema regelmäßig kritische Worte.

Dem aktuellen Report zufolge summierten sich die Subventionen für fossile Energieträger 2017 auf rund 300 Milliarden Dollar. Sie lagen damit um 30 Milliarden Dollar höher als im Jahr zuvor - obwohl die wichtigsten Volkswirtschaften der Welt (G20) schon 2009 die Abschaffung ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe beschlossen hatten.

Doch Versuche von Regierungen, solche Subventionen tatsächlich zu kürzen oder gar abzuschaffen, scheitern regelmäßig an Protesten. Die Subventionen betreffen sämtliche fossilen Energieträger, wobei allerdings der Anteil, der auf Kohle entfällt, relativ klein ist. Die Subventionen bewirken genau das Gegenteil einer CO₂-Steuer: Sie machen das Verfeuern von Kohle, Gas und Öl ökonomisch besonders interessant.

Allerdings gibt es auch Hoffnungsschimmer. Es wird immer schwieriger, Geld für Kohlekraftwerksprojekte aufzutreiben. Viele institutionelle Anleger wie etwa die Allianz, Axa oder auch HSBC haben bereits beschlossen, ihre Investments in Unternehmen einzuschränken, die besonders viel CO₂ ausstoßen.

150 große Asset-Manager, Fonds und Versicherungen sind der Institutional Investors Group on Climate Change (IIGCC) beigetreten. Gemeinsam machen sie sich mit Lobbyarbeit, Stu-

dien und Veranstaltungen für den Klimaschutz stark – wollen Politik, Unternehmen und Anleger dafür gewinnen, den Klimawandel stärker in ihren Strategien zu berücksichtigen.

Allerdings ist nicht damit zu rechnen, dass Kohlekraftwerksprojekten von heute auf morgen der Geldhahn zugedreht wird. Das dürfte schon angesichts der schieren Mengen des investierten Geldes schwierig werden.

Einer vor knapp einem Jahr veröffentlichten Untersuchung von Klimaschutzorganisationen zufolge sind bei den 120 wichtigsten Unternehmen, die aktuell neue Kohlekraftwerke planen oder bauen, 1455 institutionelle Investoren wie Pensionsfonds, Vermögensverwalter oder Versicherungen engagiert. Sie halten demnach Aktien oder Anleihen in einem Volumen von 140 Milliarden Dollar.

x x x